



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 23. November 2011

Aus Berlin

Länder präsentieren Eckpunkte für Patientenrechtegesetz

Zehn Bundesländer haben ein eigenes Eckpunktepapier für ein Patientenrechtegesetz in Berlin vorgestellt. Damit wollen die Länder Druck auf die Bundesregierung ausüben, möglichst bald einen Gesetzesentwurf vorzulegen, in dem auch ihre Vorschläge berücksichtigt werden. Zu den Eckpunkten gehört der Vorschlag, dass Ärzte in einem Patientenbrief ihre Diagnosen und Therapiemaßnahmen allgemeinverständlich beschreiben sollen. Außerdem sollen sie verpflichtet werden zu beweisen, dass Gesundheitsschäden an Patienten nicht durch ihre Eingriffe verursacht wurden.

Die Krankenkassen begrüßten die Initiative. „Der Lösungsansatz der Länder ist der richtige Dreiklang: Verbesserung der Patientensicherheit, Verbesserung der Fehlerkultur und deutlich mehr Qualitätstransparenz“, sagte der Geschäftsführende Vorstand des AOK-Bundesverbandes, Uwe Deh. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) forderte, das Patientenrechtegesetz zu nutzen, um Widerspruchsfristen bei Individuellen Gesundheitsleistungen einzuführen. Kritik kam vom Hartmannbund. Dessen Vorsitzender, Dr. Klaus Reinhardt, wies darauf hin, dass die ärztliche Berufsordnung und die geltende Rechtsprechung bereits heute einen umfangreichen Schutz der Interessen und Rechte von Patienten gewährleisten.

(Süddeutsche Zeitung, 19. November; [Pressemitteilung des AOK-Bundesverbandes, 18. November](#); [Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 18. November](#); [Pressemitteilung des Hartmannbundes, 23. November](#))

Gericht untersagt Bundeskartellamt Wettbewerbsaufsicht über Krankenkassen

Krankenkassen unterliegen nicht der Aufsicht des Bundeskartellamtes, da sie keine Unternehmen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sind. Das hat das Landesozialgericht Hessen entschieden. Daraufhin sagte der Präsident des Bundeskartellamtes, Andreas Mundt, gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ): „Wir werden die Fusionskontrolle bei den gesetzlichen Krankenkassen ab sofort beenden.“ Das bedeutet, dass die Behörde künftig nicht mehr überprüft, welche Folgen Krankenkassenfusionen für die Wahlfreiheit der Versicherten und den Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung haben. Auch gegen mögliche Absprachen von Kassen bei der Erhebung von Zusatzbeiträgen ist das Bundeskartellamt machtlos. Deshalb forderte Mundt die Bundesregierung auf, die geplante Novellierung des GWB zu nutzen, das Wettbewerbsrecht auf die Krankenkassen auszuweiten. ([FAZ, 22. November](#))

Aus KBV und KVen

KBV veröffentlicht Versichertenbefragung 2011

Im Auftrag der KBV hat die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen 2.048 Bürgerinnen und Bürger in Deutschland befragt. Das Ergebnis der repräsentativen Studie: Die Arbeit der niedergelassenen Ärzte genießt große Wertschätzung. Bei den individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) sind die Patienten verunsichert: Ihnen wurden häufiger Leistungen angeboten, gleichzeitig stieg der Anteil der Patienten, die sich mehr Bedenkzeit wünschen. Der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, appellierte an die Ärzteschaft, mit dem Thema sensibler umzugehen. Die Studie enthält unter anderem Erkenntnisse zu den folgenden Themen: Bewertung des Arztes, Wartezeit, Erfahrungen mit IGeL und Nutzung von Arztbewertungsportalen im Internet. Ebenfalls vorgestellt wurden Ergebnisse einer qualitativen Studie, die die Medizinische Hochschule Hannover für die KBV durchgeführt hat. Die Autoren der Studie stellten fest, dass die Patienten sich mehr Informationen wünschen, besonders zu IGeL und zur Versorgung allgemein. Auf KV-on, dem Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen, stellt Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage vor. ([Pressemitteilung der KBV, 21. November](#); [Ergebnisberichte der Studien](#); [Videopodcast auf KV-on, 18. November](#))

KV-on: Arznei- und Heilmittelvorgaben 2012

KV-on, das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen, informiert in einem Beitrag über die Ergebnisse der Verhandlungen zu den Arznei- und Heilmittelvorgaben 2012. KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller erklärt in einem Interview, welche Fortschritte es gibt und warum er mit seinen Forderungen dennoch nicht am Ziel angekommen ist. ([Videopodcast auf KV-on, 18. November](#))

KV Schleswig-Holstein kritisiert vdek-Äußerungen zu Arzthonoraren scharf

Die Pressemitteilung des Verbands der Ersatzkassen (vdek) mit dem Titel „Arzthonorare in Schleswig-Holstein steigen auf neuen Rekordwert“ ist bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Schleswig-Holstein auf Widerstand gestoßen. Die KV weist mehrere Äußerungen als „unseriös und in Teilen falsch“ zurück. Zum Beispiel die Honorarsteigerung im Vergleich 2009 zu 2010, die der vdek mit 4,2 Prozent und die KV mit 1,57 Prozent angeben. ([Pressemitteilung der KV Schleswig-Holstein, 22. November](#))

KV Niedersachsen: Versorgung älterer Menschen ist Aufgabe der Niedergelassenen

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Niedersachsen hat sich gegen einen Änderungsantrag für das Versorgungsstrukturgesetz ausgesprochen. In dem Antrag ist die gesetzliche Ermächtigung geriatrischer Institutsambulanzen zur ambulanten vertragsärztlichen Versorgung vorgesehen. Der Vorstand der KV Niedersachsen betont die Funktion der niedergelassenen Hausärzte bei der ambulanten Versorgung älterer Menschen und sieht keine Notwendigkeit zur Einbeziehung der Krankenhäuser. ([Pressemitteilung der KV Niedersachsen, 22. November](#))

KV Bayerns begrüßt Initiativen gegen den Nachwuchsmangel

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayerns hat ihre Vorschläge und Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung für die ambulante Versorgung vorgestellt. Anlass ist der Start der Kampagne „Hausärzte vor dem Aus!“ des Bayerischen Hausärzterverbands. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 21. November](#))

KV Niedersachsen: Ärzte sind unabhängig in ihrer Berufsausübung

Mehrere Instanzgerichte haben in den vergangenen Monaten Ärzte als Amtsträger oder Beauftragte der Krankenkassen angesehen. Dem hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) auf ihrer Vertreterversammlung einstimmig widersprochen. Sie findet es auch anlässlich des

Nachwuchsmangels wichtig festzuhalten, dass die Vertragsärzte freiwillig in die gesellschaftliche Verantwortung treten und ihren Beruf unabhängig ausüben. ([Pressemitteilung der KV Niedersachsen, 21. November](#))

Aus den Verbänden

Apotheker unterstützen Bahrs Vorschläge zur Pflegereform

Die Apothekerschaft unterstützt die Eckpunkte von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) für das geplante Pflegereformgesetz. „Speziell bei der Versorgung von Demenzkranken und der Unterstützung pflegender Angehöriger setzt der Reformansatz neue Maßstäbe für die Leistungen der Pflegeversicherung“, sagte der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA), Heinz-Günter Wolf.

Indes ergab eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie im Auftrag des Finanzdienstleisters MLP, dass mehr als drei Viertel der Deutschen einen Pflegenotstand befürchteten. Für die repräsentative Studie wurden bundesweit über 2.000 Bürger befragt. ([Pressemitteilung der ABDA, 22. November](#); Agenturmeldung, 23. November)

Studie: Qualitätsmanagement in Praxen auf gutem Weg

In rund 95 Prozent der Arztpraxen hat das Qualitätsmanagement (QM) Einzug gehalten. Zu diesem Ergebnis kommen die Stiftung Gesundheit und die TÜV Süd Management Servicegesellschaft in ihrer Studie „Qualitätsmanagement in ärztlichen Großpraxen und medizinischen Einrichtungen 2011“. Das QM soll dazu dienen, eine Patientenversorgung auf hohem Niveau zu gewährleisten, die gleichzeitig bedarfsgerecht und wirtschaftlich ist. ([gesundheits adhoc, 23. November](#))

Versorgungsatlas: Darmkrebs-Prävention regional unterschiedlich angenommen

Auf www.versorgungsatlas.de macht das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (ZI) auf regionale Unterschiede in der Inanspruchnahme von Früherkennungsleistungen bei Darmkrebs aufmerksam. Dr. Carl-Heinz Müller, Vorstandsmitglied des ZI und für Prävention zuständiges Vorstandsmitglied der KBV, sagte: „Mit den jetzt veröffentlichten Daten bieten wir allen an der Prävention von Darmkrebs Interessierten einen Überblick über die bundesweite Versorgungslage. Regionale Schwerpunkte deuten darauf hin, dass lokale Initiativen zur Förderung der Prävention Wirkung zeigen.“ ([Pressemitteilung des ZI, 21. November](#))

34. Deutscher Krankenhaustag thematisiert Familienfreundlichkeit von Kliniken

Der 34. Deutsche Krankenhaustag hat an den Gesetzgeber appelliert, durch bessere Rahmenbedingungen die ärztliche Tätigkeit in Krankenhäusern familienfreundlicher zu gestalten. Dazu gehört auch die Forderung, auf die für 2012 vorgesehene Mittelkürzung für Kliniken in Höhe von 600 Millionen Euro zu verzichten. ([Pressemitteilung der Deutschen Krankenhausgesellschaft, 19. November](#))

Modell soll Wirksamkeit des Mammographie-Screenings bewerten

Experten der Kooperationsstelle Mammographie haben ein Modell zur Messung der Brustkrebssterblichkeit vorgestellt. Damit ließen sich Aussagen über den Nutzen des 2005 in Deutschland eingeführten und seit 2009 flächendeckenden Mammographie-Screening-Programms treffen. Mit ersten Ergebnissen rechnen die Experten frühestens 2018. ([Pressemitteilung der Kooperationsstelle Mammographie, 21. November](#))

Schlechte Noten für psychiatrische Krankenhäuser in NRW

Psychisch Kranke, die in Nordrhein-Westfalen (NRW) eine stationäre Behandlung suchen, werden unzureichend beraten. Zu diesem Ergebnis kommt die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) in einer Telefonumfrage, die an 79 psychiatrischen und psychosomatischen Krankenhäusern in

NRW durchgeführt wurde. BPTK-Präsident Prof. Rainer Richter forderte die Kliniken auf, künftig genauere Auskünfte zu erteilen. ([Pressemitteilung der BPTK, 18. November](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 43

43 Prozent der Patienten, die das Internet nutzen, wünschen sich, dass eine Arztbeziehungsweise Praxiswebsite Informationen zu den angebotenen medizinischen Leistungen und Behandlungsmethoden sowie deren Kosten enthält. ([KBV-Versichertenbefragung 2011](#))

Aus der Presse

Ärzte genießen hohes Ansehen

Die Deutschen vertrauen ihren Ärzten. Das ist eines der Ergebnisse einer aktuellen Patientenbefragung, die die KBV hat durchführen lassen. Wie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) zu lesen ist, bewerteten 91 Prozent der Befragten ihr Vertrauensverhältnis zum Arzt mit „gut“ oder „sehr gut“. Auch, was das Warten auf einen Arzttermin betrifft, sieht es der Studie zufolge besser aus, als Umfragen der Krankenkassen suggerieren. So müssten nur 11 Prozent der Befragten (gesetzlich Versicherte) länger als drei Wochen warten, bis sie einen Arzttermin erhielten. Bei aktuellen Problemen bekämen 58 Prozent der Patienten sogar binnen drei Tagen einen Termin. Kritisch allerdings sieht die KBV den Trend zu mehr individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL). Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler rief die Ärzte auf, „sensibel“ mit IGeL umzugehen und das Vertrauen ihrer Patienten nicht aufs Spiel zu setzen, so die FAZ. (FAZ, 22. November)

Aus dem Terminkalender

- | | |
|----------------------------|--|
| 25.11.11 | Vertreterversammlung der KV Brandenburg
Potsdam, 15 Uhr |
| 26.11.11 | Vertreterversammlung der KV Bayerns
München, 9.30 Uhr |
| 28.11.11 | 3. Qualitätssicherungskonferenz des Gemeinsamen Bundesausschusses
Berlin, 10-17 Uhr |
| 28.11.11 | Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa
Berlin, 18-20 Uhr |
| 02.12.2011 –
04.12.2011 | Was gibt es Neues in der Allgemeinmedizin?
Berlin |
| 03.12.2011 | Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe
Dortmund, 10 Uhr |
| 07.12.2011 | Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg
Stuttgart, 14 Uhr |
| 08.12.2011 | Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr |

- 09.12.2011 Vertreterversammlung der KBV
Berlin
- 17.12.2011 Vertreterversammlung der KV Hessen
Frankfurt, 10 Uhr
- 09.01.2012 – 15. Wiedereinstiegskurs für Ärztinnen und Ärzte nach berufsfreiem Intervall
20.01.2012 Berlin
- 27.02.2012 – KBV Messe Versorgungsinnovation 2012
29.02.2012 Die Versorgungsmesse in Berlin

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV
Tel: 030 / 40 05 – 22 07
Fax: 030 / 40 05 – 27 22 03
E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>